

Weint um den Westen

Wir scheinen auf einen Aufprallpunkt zuzusteuern, mit der Aussicht auf eine Kollision, die so offensichtlich ist wie im Jahr 1911.



21. August 2023 | Alastair Crooke

Michael Anton, ein ehemaliger nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten, [gibt](#) uns diese Analogie für die heutige Situation der USA und Europas:

Am 20. September 1911 kollidierte die RMS Olympic – das Schwesterschiff der verunglückten Titanic – mit dem Kreuzer HMS Hawke der Royal Navy, obwohl beide Schiffe mit geringer Geschwindigkeit fuhren und 80 Minuten lang in Sichtkontakt zueinander standen. „Es war“, so schreibt der Schifffahrtshistoriker John Maxtone-Graham, „eine jener unglaublichen Konvergenzen, bei vollem Tageslicht auf ruhiger See in Sichtweite des Landes, bei der zwei normalerweise in Betrieb befindliche Schiffe munter und wie hypnotisiert auf den Aufprallpunkt zusteuerten“.

Auch wir scheinen auf einen ähnlichen Aufprallpunkt zuzusteuern, mit der Aussicht auf eine Kollision, die so offensichtlich ist wie an jenem Tag im Jahr 1911. Auch unsere herrschende Klasse ist nicht für eine Kursänderung. Sie muss diesen Aufprall wollen – oder aber sie sieht in einem Armageddon des Zusammenstoßes letztlich den Weg zum Triumph der „Gerechtigkeit“.

Die gegenwärtige Situation ist zweifellos von schweren wirtschaftlichen Befürchtungen geprägt, die mit einer Stimmung der politischen Sackgasse einhergehen. Immer mehr Menschen im Westen wird klar, dass mit dem Projekt Ukraine etwas furchtbar schief gelaufen ist. Die sonnigen Vorhersagen und Projektionen eines sicheren Sieges [sind nicht eingetreten](#), und stattdessen sieht sich der Westen

mit der Realität des blutigen Opfers von Hunderttausenden ukrainischer Männer für seine Phantasie eines zerstückelten Osiris [konfrontiert](#). Der Westen weiß nicht, was er tun soll. Er schlendert umher und sieht verloren aus.

Der ganze Schlamassel wird manchmal als Folge einer Fehlkalkulation der westlichen Eliten erklärt. Die Situation ist jedoch viel schlimmer als das: Die schiere Dysfunktionalität und die vorherrschende institutionelle Entropie sind so offensichtlich, dass es kaum nötig ist, mehr zu sagen.

Die Dysfunktion des Westens geht weit über die Situation im Zusammenhang mit dem Ukraine-Projekt hinaus. Sie ist absolut überall vorhanden. Öffentliche und private Institutionen, vor allem die des Staates, tun sich schwer, irgendetwas zu [erreichen](#); die Politik der Regierungen ähnelt eilig erstellten Wunschlisten, von denen jeder weiß, dass sie kaum praktische Auswirkungen haben werden. Aus diesem Grund haben die politischen Entscheidungsträger eine neue Priorität: „Die Kontrolle über das Narrativ nicht zu verlieren.“

Hartmut Rosas Linie: Frenetischer Stillstand scheint besonders treffend.

Einfach ausgedrückt, wir befinden uns in einer neuen Version der Politik von 1968. Der US-amerikanische Kommentator Christopher Rufo [stellt fest](#):

Es ist, als hätten wir eine endlose Wiederholung erlebt: Die Black Panther Party taucht als Black-Lives-Matter-Bewegung wieder auf; die Pamphlete des Weather Underground waschen sich in akademische Papiere; die marxistisch-leninistischen Guerillas tauschen ihr Bandolier ein und werden zu Managern einer von der Elite geführten Revolution der Sitten und Gebräuche. Die Ideologie und das Narrativ haben ihre Position als „eifersüchtiger Hegemon“ behauptet.

Herbert Marcuse erklärte 1972 vielleicht [etwas voreilig](#) den Tod der Revolution von 1968. Doch schon gegen Ende des Jahres zeichnete sich eine Gegenbewegung ab, als die Wähler Richard Nixon ihre Stimme gaben, der versprach, Recht und Ordnung wiederherzustellen. Nun, Nixon wurde ordnungsgemäß „abgesetzt“ – und die Ideologie von 1968 lebte allmählich wieder auf:

„Linke Aktivisten haben heute die Militanz und Taktik der 1960er Jahre wiederbelebt – radikale Bewegungen werden installiert, organisieren Demonstrationen und nutzen die Androhung von Gewalt, um politische Ziele zu erreichen. Im Sommer 2020 führte die Black-Lives-Matter-Bewegung Proteste in 140 Städten durch. Viele dieser Demonstrationen wurden gewalttätig – der größte Ausbruch linker Rassenunruhen seit den späten 1960er Jahren“, [schreibt](#) Rufo.

Der Ausgangspunkt besteht darin, den aktuellen Stand der Dinge in Amerika richtig zu erkennen. Die bittere Ironie der 68er-Revolution besteht darin, dass sie zwar ein „Amt“ errungen, aber keine neuen Möglichkeiten eröffnet hat ... Die scheinbar vollständige Eroberung der wichtigsten Institutionen durch die Linke - öffentliches Bildungswesen, Universitäten, Führungspositionen in der Privatwirtschaft, Kultur und in zunehmendem Maße sogar in der Wissenschaft – lässt das derzeitige Schlachtfeld überwältigend erscheinen.“

Vielmehr hat sie „die wichtigsten Institutionen der Gesellschaft in einer erstickenden Orthodoxie eingeschlossen ... Obwohl sie erhebliche administrative Vorteile angehäuft hat, hat sie keine

Ergebnisse erzielt“. Wir haben ein hohes Maß an politischer und kultureller Polarisierung und gleichzeitig das Gefühl, im Stillstand gefangen zu sein. Das öffentliche Leben befindet sich im Stillstand, und mit der „Krise“ als Norm rutscht die Mainstream-Politik immer näher an das alte europäische Laster des Nihilismus heran.

Was das Narrativ der heutigen intellektuellen Nachfahren von 1968 auszeichnet – und was es verzerrt –, ist ihr Beharren darauf, nicht mehr nur das Narrativ zu bestimmen und zu kontrollieren, sondern zu fordern, dass der Kulturkrieg in das persönliche Wertesystem jedes Einzelnen aufgenommen wird. Darüber hinaus verlangen sie, dass jeder Einzelne diese Ideologie in seinem alltäglichen Handeln und seiner Sprache widerspiegelt – oder er muss mit einer Kündigung rechnen. Das heißt, Kulturkrieg in Reinkultur.

Die heutigen Meisterzeichen des „systemischen Rassismus“ und des „weißen Privilegs“, gekoppelt mit den heutigen Identitätsrechten, der Vielfalt und dem Transgenderismus, spalten die USA in zwei Identitätsnormen: Die der Republik, der Revolution von 1776, und die der Revolution von 1968.

Auch in Europa herrscht eine tiefe Schizophrenie: Einerseits ist die Elite von Davos einem Narrativ verpflichtet, das besagt, dass die Vergangenheit Europas im Wesentlichen eine rassistische koloniale Vorherrschaft war. Und dass dies öffentliche und private Einrichtungen dazu zwingt, Wiedergutmachung für historische Akte der Diskriminierung und des Kolonialismus zu leisten – eine Ansicht, die allen Europäern die Pflicht auferlegt, „sich für Vielfalt, den Schutz von Identitäten – und für radikale Gerechtigkeit“ einzusetzen.

Was jedoch nicht anerkannt oder offen diskutiert wird, ist der tief greifende Wandel, der Europa umgestaltet: Ob es uns gefällt oder nicht, Europa ist nicht mehr so, wie wir es uns vorgestellt haben. Es ist nicht das Europa des französischen Paris, des italienischen Rom oder des britischen London.

Das ist nach wie vor so – und wird kommerziell als nützliche touristische Vision von Europa ausgenutzt. Die Realität ist jedoch, dass Europa schnell zu einem Land wird, in dem die Einheimischen zu einer Minderheit unter Minderheiten werden: Was ist ‚Frankreich‘ heute?, ist eine berechtigte, aber unbeantwortete Frage.

Viele mögen sagen: „Warum nicht?“ Aber um es ganz klar zu sagen: Das Problem ist, dass dieses Ergebnis absichtlich angestrebt wird – heimlich, ohne Ehrlichkeit und ohne Konsultation. Die Europäer, die frühere Eroberungszyklen (sei es durch Mongolen, Türken oder Österreicher) erlebt und überlebt haben, indem sie ein dauerhaftes Identitätsgefühl bewahrt haben, sehen, wie letzteres gezielt destabilisiert und ihre Kultur aufgelöst wird – um durch die fade PR-Sprache der europäischen Werte ersetzt zu werden, die von Brüssel propagiert wird.

Ob dieser Wandel gut oder schlecht ist, ist nicht der Punkt. Denn dieses Thema wird Europa in den Abgrund reißen, wenn seine Wirtschaft zusammenbricht und die enormen Ressourcen, die für Migranten aufgewendet werden, zu einem brennenden Thema werden. Was niemand weiß, ist, wie man aus der Identitätssuppe, zu der Europa geworden ist, ein Gefühl der europäischen Identität stabilisieren kann.

In der Tat ist eine „Lösung“ vielleicht gar nicht möglich – angesichts der endlosen Hetze gegen „weiße“ Rassendelikte. Ob berechtigt oder nicht, es hat sich zu einem „Hexengebräu“ des Hasses

entwickelt. Wir haben die Auswirkungen in Paris und in anderen französischen Städten in diesem Sommer gesehen.

Die Grundsätze eines Großteils der europäischen Gesellschaft sind nicht auf ein erhabenes, weltgestaltendes „soziales Engineering“-Projekt der moralischen Wiedergutmachung ausgerichtet, sondern auf den Schutz der einfachen Werte und Institutionen des einfachen Bürgers: Familie, Glaube, Arbeit, Gemeinschaft, Land.

Dies ist der europäische „Kulturkampf“ – der amerikanische ist damit verwandt, hat aber seine eigenen Merkmale.

Charles Lipson [schreibt](#) in der US-Ausgabe des *Spectator*:

Es ist schwer, nicht um die Republik zu weinen, wenn das Vertrauen in unsere Institutionen zusammenbricht – und das aus guten Gründen. Einfach ausgedrückt: Unsere nationale Regierungsführung liegt in Trümmern – und die Öffentlichkeit weiß das. Sie wissen auch, dass die Probleme nicht nur die Parteipolitik und bestimmte Politiker betreffen, sondern auch deren Ermöglicher, die Medien und die wichtigsten Institutionen der Strafverfolgung.

Was sie nicht wissen, ist, wie man einen gewissen Anschein von Integrität in einem politischen System wiederherstellen kann, das es sehr schwer macht, die Nominierung eines amtierenden Präsidenten wie Joe Biden oder die Nominierung eines anderen Kandidaten wie Donald Trump zu verhindern, der von einer stark engagierten Minderheit von Parteiaktivisten unterstützt wird.

Der Ständige Staat hat es [deutlich gemacht](#), schreibt Michael Anton:

Sie können und wollen nicht zulassen, dass Donald Trump erneut Präsident wird, wenn sie es verhindern können. Das haben sie im Jahr 2020 in einer Reihe von öffentlichen Erklärungen deutlich gemacht. Wenn sie sich damals so stark fühlten, können Sie sich vorstellen, wie sie sich jetzt fühlen. Aber Sie müssen sich das nicht vorstellen: Sie sagen es Ihnen jeden Tag. Sie sagen, dass der 45. Präsident buchstäblich die größte Bedrohung ist, der Amerika heute gegenübersteht – größer als China, als unsere kollabierende Wirtschaft, als unsere zerfallende Zivilgesellschaft.

Nun, die „Trump-Basis“, auf die sich Lipson bezieht, bewegt sich nicht. Nicht nur das, es ist nicht nur eine „Trump-Basis“ – denn sie gewinnt an breiterer Unterstützung, da die heutige Konterrevolution nicht nur eine des Trumpismus oder von Klasse gegen Klasse ist, sondern vielmehr eine, die „entlang einer [neuen Achse](#) zwischen dem Bürger und einem ideologisch gesteuerten Staat stattfindet“. Glenn Greenwald [stimmt dem zu](#):

Der relevante Maßstab ist jetzt nicht links gegen rechts. Es ist Anti-Establishment gegen Pro-Establishment.

Letztlich geht es nicht darum, die neue „universelle Klasse“ – die Erben der Kulturrevolution der 1960er Jahre – zu ersetzen, sondern vielmehr darum, das Gründungsprinzip der Nation „Bürgerherrschaft gegen den Staat“ wiederherzustellen, das die Grundlage für die amerikanische Revolution von 1776 war.

Diese Basis rührt sich nicht, denn letztlich geht es bei der Anti-Trump-Hysterie nicht um Trump – wie Michael Anton, selbst ein ehemaliger Mitarbeiter des Weißen Hauses, [argumentiert](#):

Das Regime kann nicht zulassen, dass Trump Präsident wird, nicht wegen seiner Person (auch wenn das nervt), sondern wegen seiner Anhängerschaft. Beschwerden über die Art von Trump sind nur Stellvertreter für Einwände gegen die Art seiner Basis.

Dieser Klasse kann nicht erlaubt werden, ihre Präferenzen durchzusetzen, weil es in ihrer Natur liegt, wer sie ist; und vor allem, weil es ihre Natur ist, die diktiert, was sie geschehen sehen will, fügt Anton hinzu.

Die herrschende Klasse, schreibt Anton, wird sicherlich „die Basis“ konsolidieren:

Indem sie immer radikaler, hasserfüllter und inkompetenter werden. Sie haben immer wieder bewiesen, dass es in ihnen keine Mäßigung gibt. Sie können nicht einmal einen einzigen Kilometer pro Stunde nachlassen, nicht einmal dann, wenn ein Nachlassen in ihrem klaren Interesse liegt. Ob sie von den Forderungen ihrer Basis, ihrer eigenen inneren Überzeugung oder einer übernatürlichen Kraft angetrieben werden, kann ich nicht sagen.

Und was passiert dann? Nun, in den Worten des „Transition Integrity Project“, eines mit dem Soros-Netzwerk verbundenen Kollektivs, das 2020 seine Strategie zur Verhinderung einer zweiten Amtszeit Trumps durchspielte, würde der Wettbewerb [letztendlich] zu einem „Straßenkampf – und nicht zu einem Rechtsstreit“ werden. Nochmals: „ihre Worte“, nicht meine. Aber gestatten Sie mir [Michael Anton], zu übersetzen, was das bedeutet: Wir können eine Wiederholung der Unruhen im Sommer 2020 erwarten, aber in einer viel größeren Dimension: Und sie werden nicht beendet, bis ihre Leute sicher im Weißen Haus sitzen.

Werden die Leute um den Westen weinen? Nein ...